

**Niederschrift**  
**über die Sitzung des Betriebsausschusses Umweltbetrieb**  
**am 14.03.2023**

Tagungsort: Rochdale-Raum, 2. OG, Altes Rathaus

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 18:38 Uhr

Anwesend:

CDU

Frau Ursula Schineller

Frau Carla Steinkröger

Herr Frank Strothmann

Herr Werner Thole

Vorsitzender

SPD

Frau Dorothea Brinkmann

Herr Ole Heimbeck

Frau Susanne Kleinekathöfer

Frau Sarah Leffers

Bündnis 90/Die Grünen

Frau Dr. Adele Gerdes

Herr Dominik Schnell

Herr Karl-Ernst Stille

Herr Thies Wiemer

Stellv. Vorsitzender

FDP

Herr Micha Paul Kasper

bis 17:32 Uhr

Die Partei

Frau Heike Wulf

AfD

Herr Martin Breuer

Die Linke

Herr Matthias Benni Stiesch

Von der Verwaltung

Herr Adamski

Beigeordneter

Herr Dr. Pues

UWB, Kaufm. Betriebsleiter

Herr Seipel

UWB, Geschäftsbereichsleiter 700.4

Herr Geisler

UWB, Geschäftsbereichsleiter 700.5

Frau Brand-Minnich

UWB, 700.522

Frau Jordan

UWB, 700.45

Herr Linnemann

UWB, 700.65

Herr Dr. Ibler

UWB, 700.652

Frau Köppe

Dezernat 3

Frau Stuckmann

UWB, 700.01

Frau Goebel

UWB, 700.0

Frau Steinhoff

UWB, Schriftführerin

Vor Eintritt der Sitzung stellt Herr Thole fest, dass die Einladung zur Sitzung ordnungsgemäß und fristgerecht erfolgt und der Ausschuss beschlussfähig ist.

### **Vor Eintritt in die Tagesordnung**

Der BUWB fasst folgenden

#### **Beschluss:**

**Die Tagesordnung wird ergänzt um:**

**TOP 3.3 Vollsperrung Berliner Straße während des Hauptstraßenumbaus**

- einstimmig beschlossen -

---

### **Öffentliche Sitzung:**

**Zu Punkt 1 Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 20. Sitzung des Betriebsausschusses des Umweltbetriebes am 14.02.2023**

Der BUWB fasst folgenden

#### **Beschluss:**

**Die Niederschrift wird nach Form und Inhalt genehmigt.**

- einstimmig beschlossen. -

---

**Zu Punkt 2 Mitteilungen**

Es liegen keine Mitteilungen vor.

---

**Zu Punkt 3 Anfragen**

**Zu Punkt 3.1 Anfrage zur Rattenproblematik in Bielefeld**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5560/2020-2025

Herr Thole verweist auf die schriftlich vorliegende Antwort.

Herr Strothmann bedankt sich für die Antwort der Verwaltung. Das Thema Abfallentsorgung in den öffentlichen Grünanlagen sei dem Ausschuss vertraut. Er fragt, was über die bekannten Maßnahmen hinaus noch verstärkt unternommen werde. Auf der Tagesordnung stehe auch der Punkt Sachstandsbericht Sauberkeit im Park der Menschenrechte. Möglicherweise könne unter diesem Tagesordnungspunkt die Problematik diskutiert werden, wie zukünftig vorgegangen werden solle, um die Rattenpopulation zu reduzieren. Die bisher ergriffenen Maßnahmen würden nicht ausreichen. Möglicherweise müsste auch verstärkt in Präventionsmaßnahmen investiert werden.

**Die Mitglieder des Betriebsausschusses des Umweltbetriebes nehmen Kenntnis.**

-.-.-

**Zu Punkt 3.2 Anfrage zur Weihnachtsbaumspende an den UWB**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5561/2020-2025

Herr Thole verweist auf die schriftlich vorliegende Antwort.

**Die Mitglieder des Betriebsausschusses des Umweltbetriebes nehmen Kenntnis.**

-.-.-

**Zu Punkt 3.3 Vollsperrung Berliner Straße während des Hauptstraßenumbaus**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5779/2020-2025

Herr Thole verweist auf die schriftlich vorliegende Antwort.

Herr Kasper merkt an, dass er es schwierig finde, die Maßnahmen Hauptstraße und Berliner Straße parallel durchzuführen. Der Hauptstraßenumbau sei über 10 Jahre hinweg geplant worden. Die Hauptstraße und die Berliner Straße seien in Brackwede wichtige Hauptverkehrsstrecken. Zukünftig wünsche er eine bessere Absprache mit den Einrichtungen, um ein Verkehrschaos zu vermeiden. Er fürchte, dass die parallele Durchführung der Maßnahmen zu Problemen führe.

Herr Seipel erklärt, dass die Baumaßnahme Berliner Straße seit mehreren Jahren bekannt sei. Die Maßnahme sei beispielsweise im Abwasserbeseitigungskonzept 2017 bekanntgegeben worden. In den letzten 2 Jahren wurden im Falle der Hauptstraße auch die umliegenden Baumaßnahmen, inklusive der Maßnahmen des Umweltbetriebes, betrachtet. Des-

halb sei geprüft worden, ob die parallelen Baumaßnahmen zu wesentlichen Einschränkungen im Verkehrsfluss auf den Umleitungsstrecken führen würden. Entsprechende Abstimmungen hätten mit dem Amt für Verkehr und moBiel stattgefunden. Die Maßnahme Berliner Straße sei im letzten Jahr im Wirtschaftsplan genannt worden. Auch in der Bezirksvertretung Brackwede sei ein einstimmiger Beschluss gefasst worden. Insofern sei die Maßnahme Berliner Straße ausreichend kommuniziert worden.

Herr Heimbeck erläutert, dass die Maßnahme Berliner Straße zusammen mit dem Hauptstraßenumbau durchgeführt werde, weil einige Initiativen in Brackwede den Abstimmungsprozess verzögert hätten. Möglicherweise hätte der Hauptstraßenumbau schon eher anfangen können.

Herr Thole weist darauf hin, dass es grundsätzlich Baumaßnahmen gebe, die auch parallel verlaufen müssen. Die Verwaltung habe ausführlich dargelegt, dass es sich um abgestimmte Umsetzungspläne handele.

Herr Adamski führt aus, dass es eine Task Force für die Koordination von Baumaßnahmen gebe. Dabei seien neben dem Umweltbetrieb auch die Stadtwerke und Weitere beteiligt. Dabei werde versucht, die Einschränkungen für Bürger\*innen und Gewerbetreibende so gering wie möglich zu halten.

**Die Mitglieder des Betriebsausschusses des Umweltbetriebes nehmen Kenntnis.**

---

#### **Zu Punkt 4**

#### **Anträge**

Es liegen keine Anträge vor.

---

#### **Zu Punkt 5**

#### **Sachstandsbericht Tierpark**

Herr Thole begrüßt Herrn Linnemann und Herrn Dr. Ibler.

Herr Dr. Benjamin Ibler stellt sich als neuer Abschnittsleiter des Tierparks vor. Er sei Dr. rer. Nat., Diplom-Biologe Univ. und ein vielseitiger Zoologe und Tiergartenbiologe mit umfangreichen Zooerfahrungen, aber auch mit wirtschaftlichen Qualifikationen, wie Qualitätsmanagement (IHK) sowie einer Ausbildung in Buchführung (HWK).

Er sei zuvor im internationalen Gemeinschaftsforschungsprojekt „Przewalskipferd“ mit der Uni Paris im Nationalpark Hortobagy in Ungarn und unter Einbeziehung des internationalen Zuchtbuches am Zoo Prag tätig gewesen. Das Projekt habe sich mit der Fortpflanzung der Pferde unter den sich wandelnden Umweltbedingungen, aber auch der Standortentwicklung eines einzigartigen Naturausflugszieles durch Förderung des

Tourismus vor Ort in Ungarn beschäftigt. Engagiert habe er sich zudem als Jagdausbilder in der bayerischen Jungjägerausbildung. Zuvor sei er Kurator für Huftiere mit Personalverantwortung am Zoo Köln sowie mit Lehre für Studierende an der Universität zu Köln gewesen. In Sachen Tierhaltung habe er Erfahrungen im In- und Ausland gesammelt. Durch seine Initiativen sei es u.a. zu Zuchterfolgen bei Okapi und Moshusochse gekommen.

Am Zoo Dortmund sei er als Assistent des Zoodirektors Dr. Frank Brandstätter tätig gewesen. Teil der Aufgabe sei die Erarbeitung des neuen Arbeitssicherheitskonzeptes sowie Öffentlichkeitsarbeit gewesen. Tiergehege-Planungen habe er insbesondere für Vögel, Neuweltaffen und Halbaffen, durchgeführt. Im Rahmen der Arbeitssicherheit habe er weitere bauliche Maßnahmen im Betrieb verantwortet.

Als Doktorand sei er am Zoologischen Institut und Museum der Universität Greifswald unter Herrn Direktor Prof. Dr. Klaus Fischer im Bereich der Tierökologie tätig gewesen. Dafür habe er die Fortpflanzung von Hirschen, Halb- und Wildeseln sowie Vogelspinnen untersucht.

Am Zoo Berlin sei er als Kurator tätig gewesen. In diesem Rahmen sei er insbesondere für Huftiere und Wasservögel verantwortlich gewesen. Die Aufgabe habe auch den Themenkomplex fachliche Presse für das Zoo-Aquarium sowie Verwaltungsarbeit beinhaltet. Auch die notwendige künstliche Aufzucht sei optimiert worden. Sehr wichtig sei ihm auch auf dieser Stelle die Unterrichtung der kommenden Tierpflegegeneration im Rahmen der betrieblichen Ausbildung gewesen.

Das Studium der Biologie und die wissenschaftliche Mitarbeit habe er an der Universität Bayreuth absolviert. Seine Diplom-Arbeit habe er über Stoffwechselbiochemie und Tierernährung der Mittelmeer-Feldgrille, die als Futtertier im Zoo große Bedeutung hat, geschrieben. Ein Forschungsaufenthalt habe ihn an das Institut für die Istrische See nach Kroatien geführt.

Auf die anstehenden Aufgaben am Heimat-Tierpark Olderdissen in Bielefeld freue er sich sehr. Die edukative Haltung der heimischen Tierarten sei ein Alleinstellungsmerkmal. Der freie Eintritt führe dazu, dass viele Menschen am Tierleben teilhaben können. Diese Leistung der Stadt Bielefeld könne man nicht hoch genug einschätzen. Für die weitere Entwicklung sei der Tierpark auf ständige Mithilfe und freiwillige Beteiligung angewiesen.

Herr Schnell heißt Herrn Dr. Ibler im Namen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen herzlich willkommen.

Herr Dr. Ibler freue sich auf die Zusammenarbeit.

Frau Brinkmann heißt Herrn Dr. Ibler im Namen der SPD willkommen. Sie stellt heraus, dass Herr Dr. Ibler eine erstaunliche Vita vorzuweisen habe und wisse es hoch zu schätzen, dass er die Stelle in Bielefeld angenommen habe. Sie freue sich auf die Zusammenarbeit.

Herr Strothmann heißt Herrn Dr. Ibler auch im Namen der CDU willkommen.

Herr Thole leitet über zum Thema Sachstandsbericht über den aktuellen Zustand des Tierparks. Anlass sei ein Zeitungsartikel vom 16.01.2023, in welchem Kritik am Zustand des Tierparks geübt worden sei.

Herr Linnemann berichtet von einem Treffen im Januar mit Herrn Ehmke von der Neuen Westfälischen, aus dem der besagte Artikel entstanden sei. In diesem Artikel habe der Umweltbetrieb bereits Stellung zu den einzelnen Beiträgen, die bei der Neuen Westfälischen eingegangen seien, nehmen können.

Der Heimattierpark Olderdissen sei den Ausschussmitgliedern bekannt. Die Gehege des Tierparks seien vor allem aus Holz gefertigt. Darüber hinaus gäbe es viele Wegflächen, die unterhalten werden müssen. Holzbauten seien nach einer gewissen Zeit reparaturanfällig oder zu erneuern. In den Jahren Ende der 1990er Jahre bis 2012 habe der Vorgänger von Herrn Linnemann viele der Gehege neu gebaut. Folglich seien viele bestehende Anlagen um 20 Jahre alt oder älter. Bei Bänken gehe man von einer Haltbarkeit von rund 10 Jahren aus. Stege oder brückenähnliche Einrichtungen, die der Witterung ausgesetzt sind, würden im Schnitt zwischen 15 und 20 Jahren halten. Die Eulenanlage, die aktuell neu geplant werde, bestehe bereits seit 35 Jahren.

Folglich bestehe bei all diesen Anlagen die Notwendigkeit, diese nach 20 bis 30 Jahren zu erneuern. Durch eine Optimierung beim konstruktiven Holzschutz und das Abdecken einzelner tragender Holzelemente könnten einige Anlagen möglicherweise länger halten.

Dadurch, dass die Anlagen aktuell aus dem älteren Holz bestehen, entstehe möglicherweise der Eindruck eines nicht gepflegten Tierparks. Dennoch solle auch zukünftig mit Holz und nicht Metall bzw. Beton gearbeitet werden, da sich ansonsten der Charakter des Tierparks maßgeblich verändere.

Ergänzend weist Herr Linnemann darauf hin, dass seit 2012 19 Gehege (teilweise) erneuert worden seien. Dies entspreche 2 Gehegen pro Jahr. In Bezug auf die vorhandenen Kapazitäten handele es sich um einen zufriedenstellenden Wert. Durch Herrn Dr. Ibler gäbe es zukünftig Unterstützung im Tierpark.

In dem Zeitungsartikel sei auch Bezug auf das Thema Laub im Tierpark genommen worden. Der Tierpark sei 16 ha groß und in den Teutoburger Wald eingebunden. Im Tierpark selbst gäbe es 15.000 m<sup>2</sup> befestigte Fläche. Aufgrund der vielen Bäume und durch den Wind verteile sich eine große Menge Laub im Tierpark. Durch das Laub werde der Eindruck vermittelt, dass die Wege über einen längeren Zeitraum nicht gesäubert worden seien. Allerdings sei es unmöglich, den Tierpark durchgängig vom Laub zu befreien.

Zur Verbesserung und Weiterentwicklung des Tierparks würden weitere Maßnahmen ergriffen. Es werden beispielsweise die Eulenanlage, die Waldvogelanlage und Teile der Wildkatzenanlage erneuert.

Darüber hinaus würde aktuell an Großprojekten wie der Erweiterung des Tierparks auf dem ehemaligen Hockeyplatz und der Errichtung einer zentralen Werkstatt gearbeitet. Durch die Organisationsprozesse im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie seien diese Projekte ins Stocken geraten. Auch der Außenzaun des Tierparks werde nach Möglichkeit dieses Jahr gebaut. Herr Linnemann würde die Ausschussmitglieder gerne zu einem Rundgang in den Tierpark einladen, um über die Situation im Tierpark vor Ort zu berichten.

Herr Thole bedankt sich bei Herrn Linnemann für den Sachstandsbericht und sichert die Unterstützung des Betriebsausschusses zu.

Frau Steinkröger bedankt sich für den Bericht. Sie fragt, ob bei Gehege-Sanierungen auch Anpassungen erfolgen würden, um allen neuen Anforderungen gerecht zu werden. Sie fragt, ob die Greifvogelanlage vergrößert werde oder ob mit einer ähnlichen Grundfläche geplant werde.

Herr Linnemann antwortet, dass die Greifvogelanlage beispielsweise von den Uhus beginnend bis hoch zu den Fischottern bereits in Teilen saniert worden sei. Bei der Anlage seien die Dachbalken ausgewechselt worden. Kurzfristiger Handlungsbedarf bestehe bei dieser Anlage nicht. Eine Vergrößerung der Anlage sei nicht möglich, da sie zwischen den Besucherweg und den Erschließungsweg gebaut sei.

Eine aktuelle Anlage sei beispielsweise um eine ungenutzte Wegeparzelle ergänzt worden. Dazu seien Innenräume ausgebaut worden, um in Zeiten der Vogelgrippe besser gewappnet zu sein. Ein weiterer Vorteil bestehe auch darin, dass die Tiere zur Überwinterung nicht in andere warme Räume gebracht werden müssen. Folglich würde abhängig vom Einzelfall auch größer gebaut. Grundsätzlich würden auch die bestehenden Anlagen allen Anforderungen entsprechen, da sie über den Mindestanforderungen liegen.

Die Gehege der Wildarten, beispielsweise Schalenwildarten oder Huftiere, seien deutlich größer als die Mindestanforderungen gebaut.

Herr Heimbeck berichtet, dass er bei seinem Tierparkbesuch einen guten und keinen ungepflegten Zustand vorgefunden habe. Dass einzelne Gehege saniert würden, habe keinen Einfluss auf den Gesamteindruck des Tierparks.

Herr Breuer würde sich freuen, wenn im Sommer mit den Mitgliedern des Betriebsausschusses ein Rundgang durch den Tierpark gemacht werden könnte. Er fragt, ob der Tierpark weiterhin eintrittsfrei bleiben solle oder ob Eintrittsgelder geplant würden. Außerdem sei aktuell nur ein Bär im Tierpark. Er fragt, ob es Planungen gebe, einen zweiten Bären in den Tierpark zu holen.

Herr Linnemann antwortet, dass im Zusammenhang mit dem Beschluss des Außenzauns alle Parteien entschieden hätten, weiterhin keinen Eintritt für den Tierpark erheben zu wollen. Herr Linnemann befürworte diese Entscheidung ausdrücklich. Der Tierpark erhalte regelmäßig Spenden im größeren Umfang. Dies zeige, dass sich der Tierpark weiterhin breiten Zuspruch seitens der Besucher\*innen erfreuen könne.

Der Bär Max sei vor kurzem 30 Jahre alt geworden. Somit handele es sich um das Höchstalter bei Bären. Es sei nicht geplant, zu dem Bär Max einen jungen Bären dazuzusetzen. Dies sei für den Bären sehr stressig. Es sei angedacht, nach dem Tod von Max zwei neue Bären zu besorgen. Überlegungen im Detail würden zum entsprechenden Zeitpunkt folgen, es handele sich um einen komplizierten Prozess.

Herr Strothmann fragt nach dem aktuellen Sachstand bezüglich der Erweiterung des Tierparks auf dem ehemaligen Hockeyplatz.

Herr Linnemann berichtet, dass das Projekt aktuell im Zeitplan sei. Ziel sei, im Sommer die Baugenehmigung zu beantragen. Im Januar habe man einen Förderantrag gestellt und habe Aussicht darauf, dass bis zu 80 Prozent der Maßnahme gefördert werden könnten. Eine Entscheidung erwarte der Umweltbetrieb voraussichtlich im Juni. Ein

positiver Förderbescheid bestätige die bisherigen Planungen und würde sich finanziell sehr positiv auswirken.

Parallel dazu befinde man sich aktuell in der Detailplanung zu den Skizzen, die dem Betriebsausschuss vorgestellt worden seien.

Herr Linnemann sagt einen erneuten Sachstandsbericht zu, sobald eine Entscheidung über den Förderantrag vorliege bzw. Detailplanungen vorstellungsreif seien. Folglich solle das Thema im Sommer erneut auf die Tagesordnung gesetzt werden.

Frau Kleinekathöfer fragt, ob die Brücke im Wolfsgehege zurückgebaut werden solle. Diese sei optisch abgänglich und auch für Besucher\*innen nicht durchgängig begehbar, da die Wölfe durch die Menschen auf der Brücke unnötig aufgeschreckt würden.

Herr Linnemann antwortet, dass sich die Wölfe nach Sperrung der Brücke deutlich ruhiger verhalten würden und besser zu sehen seien. Dennoch solle die Brücke so lange wie möglich erhalten bleiben. Bei Führungen könnten auch Besucher\*innen des Tierparks die Brücke betreten. Auch zur Fütterung werde die Brücke genutzt. Da es sich bei der Brücke um ein massives Bauwerk handele, gäbe es keinen kurzfristigen Änderungsbedarf.

Herr Breuer fragt, warum und wann Wölfe heulen würden.

Herr Linnemann antwortet, dass Wölfe untereinander interagieren würden. In dem Zuge finde auch Geheul statt. Dies sei an verschiedenen Tagen zu verschiedenen Zeiten möglich. Aktuell sei bei den Wölfen Paarungszeit. Deshalb würden die Wölfe versuchen, mit anderen Artgenossen zu kommunizieren und auf sich aufmerksam zu machen. Wölfe könnten das Geheul anderer Artgenossen bis zu 10 Kilometer Entfernung wahrnehmen. In anderen Regionen in Deutschland würden deshalb Wölfe bis an den Park herankommen. Diese Situation sei in Bielefeld bisher nicht vorgekommen.

Herr Kasper fragt, wie der zukünftige Umgang mit den Futterautomaten geplant sei. Bei den Futterautomaten habe es sich in der Vergangenheit um Publikumsmagnete gehandelt.

Herr Linnemann antwortet, dass aufgrund der vorgeschriebenen Reduzierung von Kontaktflächen in der Corona-Pandemie die Futterautomaten geschlossen worden seien. Dadurch habe sich herausgestellt, dass es für die Tiere besser sei, wenn diese nicht extern gefüttert werden. Das Füttern durch Besucher\*innen habe dazu geführt, dass Konkurrenzkämpfe innerhalb der Gehege entstanden seien.

Allerdings sei sich der Umweltbetrieb bewusst, dass das Füttern der Tiere eine beliebte Beschäftigung der Besucher\*innen gewesen sei. Die Kinder hätten gerne und in großen Mengen gefüttert.

Ohne die Corona-Pandemie hätte der Tierpark diese Änderung wahrscheinlich nicht vorgenommen. Dennoch habe man die neuen Erkenntnisse gewonnen und prüft den zukünftigen Umgang mit diesem Thema. Beim Rotwild gebe es aktuell die Möglichkeit, die Tiere mit Gras zu füttern, so lange der bereitgestellte Vorrat ausreiche. So könne eine Fütterungsalternative mit einer überschaubaren Menge an Futter angeboten werden.

Eine weitere Option sei, auch in den Automaten nur eine begrenzte Menge an Futter bereitzustellen. Sobald ein Automat leer sei, gäbe es an dem Tag keine andere Möglichkeit. Um auch diese Option zu testen, seien die Futterautomaten noch nicht abgebaut worden.

Herr Thole bedankt sich für den Sachstandsbericht und werde einen Ortstermin im Tierpark mit der Betriebsleitung besprechen.

**Die Mitglieder des Betriebsausschusses des Umweltbetriebes nehmen Kenntnis.**

-.-.-

## **Zu Punkt 6**

### **Sachstandsbericht Sauberkeit im Park der Menschenrechte**

Herr Seipel berichtet, dass das Thema in der Bezirksvertretung Mitte ausführlich diskutiert worden sei. Der Umweltbetrieb sei beauftragt worden, die Reinigungsintervalle im Park der Menschenrechte zu erhöhen, um den Missständen entgegen zu wirken.

Der Umweltbetrieb werde den Auftrag ausführen. Es sei geplant, neben den aktuellen Reinigungen am Montag und Freitag eine weitere Reinigung am Mittwoch zu etablieren. Das neue Reinigungsintervall von 3 Mal pro Woche solle bis Herbst getestet werden. Nach der Testphase erfolge eine Evaluation und im Anschluss solle ein Vorschlag über das weitere Vorgehen unterbreitet werden.

Die zusätzliche Reinigung führe zu einem erhöhten Aufwand. Der Wunsch nach der zusätzlichen Reinigung entstamme dem Wunsch, insbesondere diese öffentlichkeitswirksamen Flächen sauber zu halten. Im kommenden Frühjahr solle es einen Sachstandsbericht geben, der stadtweit eine Übersicht über die aktuellen Pflegelevel und Pflegezustände aufzeige. Die Pflegelevel seien politisch festgelegt worden. An einigen Stellen habe es Änderungen gegeben.

Das Pflegelevel 3 sehe beispielsweise 12 Leerungen pro Jahr vor. Im vorliegenden Beispiel sei diese Eingruppierung nicht realistisch.

Ziel sei, die Entwicklung der einzelnen Pflegelevel im Stadtgebiet aufzuzeigen und zu verdeutlichen, wo Mehraufwand bzw. weniger Aufwand entstehe. Durch die Übersicht könnten die einzelnen Bereiche sachgerecht und zielorientiert abgearbeitet werden.

Frau Steinkröger erläutert, dass es nicht ausreiche, dass der Umweltbetrieb seine Anstrengungen erhöhe, um den Bürger\*innen hinterher zu räumen. Vielmehr müsse eine Verhaltensänderung einiger Bürger\*innen herbeigeführt werden, sodass der Müll nicht entstehe oder liegen gelassen werde.

Herr Seipel berichtet, dass auch durch Aktionen wie beispielsweise der Clean Up Day die Sensibilität für das Thema gestärkt werden solle. Das Thema Abfallvermeidung werde unter Tagesordnungspunkt 7, bei dem das Konzept zur Abfallvermeidung an Kitas und Schulen vorgestellt werde, ausführlich thematisiert.

Frau Wulf fragt, inwieweit das Angebot für wiederverwertbare Verpackungen bei der „to go - Gastronomie“ umgesetzt werde. Sollte die Gastronomie das Angebot nicht oder unattraktiv umsetzen, entstehe Verpackungsmüll.

Frau Wulf sei bekannt, dass Hersteller von Verpackungen demnächst Geld in einen Fond einzahlen sollen, bei dem sich Kommunen bedienen können, um das Sammeln des Verpackungsmülles zu refinanzieren.

Herr Dr. Pues berichtet, dass seit Beginn der Einführung der Mehrwegpflicht in Einzelhandel und Gastronomie die Quote zwar steige, aber noch nicht bei 100 Prozent liege. Bei der Umstellung zur Verwendung von Mehrwegalternativen handele es sich um einen komplexen Prozess, bei dem sich das Erwerben des Mehrweggeschirrs, die Rückgabe dessen und auch das Spülen einspielen müssten. Umweltverbände würden sich bei diesem Thema engagieren. Es bestehe die Hoffnung, dass zukünftig weniger Einwegverpackungen in der Gastronomie genutzt werden. In Vergleich zu anderen Partizipationsraten, wie beispielsweise der Verpackungsverordnung oder das Verpackungsgesetz, habe sich auch eine Verbesserung auf aktuell 75 Prozent eingespielt. Eine 100 Prozent-Quote sei auch hier unrealistisch.

Herr Dr. Pues führt aus, dass der Einwegkunststoff-Fond 2025 gebildet werden solle. Nach aktueller Hochrechnung würden bundesweit 434 Mio. Euro von den Herstellern in den Fond eingezahlt. Der Anteil, den ein Hersteller in den Fond einzahlen müsse, bemesse sich anhand der Art der Verpackung. Es seien unterschiedliche Kostensätze für die einzelnen Verpackungsarten vorgesehen. Geringe Kostensätze seien beispielsweise für Mehrwegverpackungen vorgesehen. Zigarettenkippen würden mit 10 Euro pro Kilogramm bemessen.

Auf Bielefeld bezogen würden die genannten Zahlen zu einer Auszahlung aus dem Fond in Höhe von 1,72 Mio. Euro führen. Nicht berücksichtigt sei dabei allerdings ein Punktesystem, in dem berücksichtigt wird, dass die Kommunen bestimmte Leistungen erbringen müssen. Nach diesem Punktesystem werde das Geld auf alle Kommunen in Deutschland verteilt. Konkrete Aussagen, wie sich die Fond-Auszahlung auf das Gebührenaufkommen auswirke, könnten aktuell noch nicht getroffen werden. Es sei auch abzuwarten, wie die Hersteller mit diesem Thema umgehen werden.

Herr Breuer fragt, ob für das nicht sachgerechte Wegwerfen von Müll keine Ordnungsgelder verteilt werden könnten. Durch die Corona-Zeit sei das Ordnungsamt personell verstärkt worden. Er fragt, ob sich diese Personen zukünftig um das Thema Ordnungswidrigkeiten für nicht sachgerechte Müllentsorgung in öffentlichen Flächen kümmern könnten.

Herr Adamski weist darauf hin, dass das Einleiten von Ordnungswidrigkeiten-Verfahren auch bei diesem Themenkomplex bereits gängige Praxis des Ordnungsamtes sei. Allerdings könnten die Mitarbeiter\*innen nicht überall gleichzeitig sein. Darüber hinaus sei die Corona-Abteilung im Ordnungsamt bereits aufgelöst worden. Dieses Personal stehe nicht mehr zur Verfügung. Dennoch nehme er den Wunsch mit, bei diesem Thema verstärkt zu investieren.

Herr Strothmann nimmt Bezug auf die Rattenpopulation. Müllvermeidung sei ein wichtiger Baustein bei der Rattenbekämpfung. Darüber hinaus

müsse möglicherweise das Budget für die Ungezieferbekämpfung, welches aktuell bei 50 Tsd. Euro liege, aufgestockt werden. Es bestehe in verschiedenen Bereichen dringender Handlungsbedarf.

Herr Adamski weist darauf hin, dass sich die Rattenpopulation in Bielefeld in den letzten 5 Jahren nicht maßgeblich verändert habe. Wichtig sei allerdings, dass die Rattenpopulation keine Überhandnahme. Es sei Handlungsbedarf vorhanden. Möglicherweise müsse in den Wirtschaftsplan des Umweltbetriebes diese Position aufgestockt werden. An weiteren Lösungen werde gearbeitet. Das Gesundheitsamt habe beispielsweise ein Projekt ins Leben gerufen, bei dem es darum gehe, Tauben mit modifizierten Nahrungsmitteln zu füttern, sodass die Tauben nicht mehr reproduktionsfähig seien.

**Die Mitglieder des Betriebsausschusses des Umweltbetriebes nehmen Kenntnis.**

-.-.-

## **Zu Punkt 7**

### **Pädagogisches Konzept zur Abfallvermeidung an Schulen**

Frau Brand-Minnich stellt sich kurz vor. Sie sei Diplom-Agraringenieurin und habe eine Zusatzausbildung als Fachkraft für Umwelt- und Naturschutz gemacht. Mit diesen Qualifikationen habe sie kommunale Berufserfahrung im Bereich Abfall und Umwelt gesammelt. Nach der Familienzeit habe sie beruflich keine Stelle in dem Bereich gefunden und zur Erzieherin umgeschult. Sie freue sich sehr, dass sie ihre Berufserfahrung in die Stelle im Umweltbetrieb einbringen könne.

Frau Brand-Minnich stellt die wesentlichen Inhalte des Pädagogischen Konzeptes zur Abfallvermeidung an Kitas und Schulen vor. Die Präsentation ist der Niederschrift als Anlage 1 beigelegt.

Frau Brinkmann bedankt sich für den interessanten Vortrag und unterstützt den Ansatz, mit diesem Thema bei den Kindern anzusetzen. Sie fragt, ob es geeignetes Anschauungsmaterial zu diesem Thema für die junge Zielgruppe gebe.

Frau Brand-Minnich antwortet, dass einige Materialien vorhanden seien. Darüber hinaus werde weiteres Material erarbeitet. Insbesondere eine Handpuppe sowie aktuellere Bücher wären vorteilhaft.

Herr Heimbeck erklärt, dass Frau Brand-Minnich durch ihre Erfahrungen als Erzieherin für diese Aufgabe prädestiniert sei. Er fragt, ob es richtig sei, dass zwar auch Gespräche mit Multiplikatoren geführt werden, allerdings in erster Linie direkt mit den Kindern gearbeitet werde. Die Kinder könnten durch das neue Wissen die gewünschten Verhaltensweisen erlernen. Bei Erwachsenen sei eine Verhaltensänderung zur Abfallvermeidung hin schwieriger.

Herr Heimbeck fragt, welchen Schwerpunkt das Thema Abfallvermeidung einnehme.

Frau Brand-Minnich antwortet, dass das Thema Abfallvermeidung an erster Stelle stehe.

Bisher habe sie erste Einsätze in der Praxis gehabt. Beispielsweise habe es eine Einheit an der Laborschule gegeben. Für die nächste Woche seien dort drei weitere Termine geplant. Darüber hinaus sei sie von ersten Kitas angesprochen worden.

Die Kinder seien insbesondere in der Kita mithilfe einer Handpuppe und einer Art Theaterstück gut zu erreichen. So fände man auch den Einstieg in das Thema Abfalltrennung. Dabei würden die verschiedenen Fraktionen vorgestellt und anhand von Beispielen besprochen, welche Abfälle vermieden werden könnten. Diese Bemühungen seien in den nächsten Jahren nicht kurzfristig messbar, allerdings hoffe sie auf die positiven Langzeiteffekte.

Frau Brand-Minnich führt aus, dass gerade diese ersten positiven Termine bei den Bildungseinrichtungen wichtig seien, um weitere Kitas und Schulen auf diesen Weg mitzunehmen.

Herr Schnell heißt Frau Brand-Minnich herzlich willkommen. Er selbst habe über mehrere Jahre in Kitas und Schulen an dem Thema Umweltbildung mitgearbeitet. Sein Schwerpunkt sei Energiebildung gewesen. Er sei zuversichtlich, dass Frau Brand-Minnich durch ihre Art das Thema Abfallvermeidung an Kitas und Schulen gut platzieren könne.

Er wünscht sich, dass das Thema Abfallvermeidung auch an den Universitäten thematisiert werde. Er fragt, ob es diesbezüglich Planungen gebe.

Frau Brand-Minnich antwortet, dass ihre Zielgruppe Kitas und Schulen seien. Sollte sich herausstellen, dass noch Kapazitäten vorhanden sind, könne auch eine Zielgruppenerweiterung geprüft werden.

Herr Adamski antwortet, dass er begeistert sei, welches Fachwissen und pädagogisches Wissen Frau Brand-Minnich für ihre Aufgabe mitbringe. In Absprache mit der Betriebsleitung des Umweltbetriebes könne gegebenenfalls über eine Erweiterung des Portfolios nachgedacht werden.

Herr Adamski berichtet, dass es mit der Universität in Bielefeld bereits eine Kooperation gebe. In der Arbeitsgruppe, bei der die Themen Nachhaltigkeit und Umweltfragen besprochen werden, sei Frau Reher vom Umweltamt fest integriert. Möglicherweise könne sich auch Frau Brand-Minnich in dieses Themenfeld einbringen.

Frau Brand-Minnich ergänzt, dass sie bereits Kontakt zu Frau Reher und weiteren Kolleg\*innen aus Umweltamt aufgenommen habe. Sie seien so verblieben, dass auch die Angebote, die Frau Brand-Minnich erarbeitet habe, in die sozialen Medien veröffentlicht werden.

Herr Schnell berichtet, dass die NUA NRW möglicherweise für Frau Brand-Minnich eine interessante Ansprechpartnerin sein könnte. Die NUA NRW habe als Zielgruppe insbesondere Kitas und Schulen.

Herr Heimbeck finde die Idee, auch Universitäten einzubinden gut, allerdings solle der Fokus von Frau Brand-Minnich auf Kitas und Schulen liegen. Hierbei handele es sich bereits um ein breites Themenfeld.

Herr Thole bedankt sich für den Vortag zu diesem wichtigen Thema Abfallvermeidung.

Die Mitglieder des Betriebsausschusses des Umweltbetriebes nehmen Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 8

**Zustimmung zur Beteiligung der Klärschlammverwertung OWL GmbH an dem zukünftigen Tochterunternehmen zur Klärschlamm Entsorgung sowie Zustimmung zur Änderung der Satzung der „Klärschlammverwertung OWL GmbH“**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 5614/2020-2025

Herr Heimbeck nimmt Bezug auf eine Exkursion zur Kläranlage in Bottrop. Dort sei berichtet worden, dass der getrocknete Klärschlamm nicht von alleine brennen würde, sondern Kohle hinzugegeben werden müsste. Dies stehe der Aussage, dass getrockneter Klärschlamm in der Regel brennbar sei und eine positive Energiebilanz habe, entgegen. Auch für Bielefeld habe es eine detaillierte Analyse der Klärschlammzusammensetzung gegeben. Er fragt, ob in Bielefeld auch Kohle hinzugegeben werden müsse.

Herr Adamski erklärt, dass sich die Zusammensetzung des Klärschlammes in Bielefeld und Bottrop unterscheide. Er biete an, den strategischen Partner nach Beschluss der Vorlagen und der Zuschlagserteilung einzuladen, um dem Betriebsausschuss die Grundlagen der Technologie vorzustellen.

Herr Thole stimmt diesem Vorschlag zu.

Der BUWB fasst folgenden

**Beschluss:**

**Der Betriebsausschuss Umweltbetrieb empfiehlt dem Rat der Stadt Bielefeld wie folgt zu beschließen:**

- 1. Der Rat der Stadt Bielefeld stimmt der Beteiligung der „Klärschlammverwertung OWL GmbH“ an dem zukünftigen Tochterunternehmen in Höhe von 49,9 % auf Basis der als Anlage 1 beigefügten „Satzung TU“ zu.  
Dieser Beschluss steht unter dem Vorbehalt, dass der Rat der Stadt Bielefeld auch dem Zuschlag im Rahmen des Ausschreibungsverfahrens zur Strategische Partnerschaft (im nicht öffentlicher Teil dieser Sitzung) zustimmt.**
- 2. Der Rat der Stadt Bielefeld stimmt der Änderung der Satzung der „Klärschlammverwertung OWL GmbH“ auf Basis der als Anlage 2 beigefügten „Änderungssatzung KSV OWL“ zu.**
- 3. Die vorgenannten Beschlusspunkte stehen unter dem Vorbehalt eines positiven Abschlusses des Anzeigeverfahrens bei der zuständigen Aufsichtsbehörde.**

- bei einer Enthaltung einstimmig beschlossen -

---

**Zu Punkt 9**      **Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der  
Verwaltung zum Sachstand**

Es liegen keine Berichte vor.

---

---

Werner Thole  
Ausschussvorsitzender

---

Lisa Steinhoff  
Schriftführerin